

# CDU und Grüne unterzeichnen „Zukunftsvertrag für NRW“ – Herbert Reul bleibt Minister des Innern

Die Landtagswahlen am 15. Mai dieses Jahres haben ein klares Votum für eine schwarz-grüne Regierung hervorgebracht. CDU und Grüne nahmen daher nach kurzen Sondierungen zügig Koalitionsverhandlungen auf. Diese konnten ebenfalls rasch abgeschlossen werden, sodass mit der Unterzeichnung des „Zukunftsvertrags für Nordrhein-Westfalen“ am 27. Juni 2022 die erste schwarz-grüne Regierung in NRW besiegelt werden konnte.

Der neue und alte Ministerpräsident von NRW, Hendrik Wüst (CDU), lobte das Miteinander mit den Grünen und sagte, dass zuletzt sehr viel Vertrauen aufgebaut worden sei, weil man sich in den dreieinhalb Wochen der Verhandlungen sehr viel besser kennengelernt habe. So betonte der Ministerpräsident dann auch, dass es gelungen sei, „vermeintliche Gegensätze zu versöhnen, um etwas Gutes zu schaffen.“

Ähnlich äußerte sich Spitzenkandidatin und Verhandlungsführerin Mona Neubaur (Bündnis 90/Die Grünen). Sie betonte, dass ein Fundament geschaffen worden sei, um in den nächsten Jahren auf Augenhöhe miteinander zu arbeiten. Man habe eine Grundlage geschaffen, um auch bei „unvorhergesehenen Ereignissen nicht aus der Bahn

geworfen zu werden“, betonte nach Medienberichten die neue stellvertretende Ministerpräsidentin von NRW.

Aufgrund der offenkundig guten Harmonie zwischen den Vertragsparteien, konnte Hendrik Wüst rund sechs Wochen nach der Wahl bereits durch das Landesparlament zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Hier fehlten dem neuen und alten Ministerpräsidenten zwar vier Stimmen aus dem eigenen Regierungslager. Diese hatten aber aufgrund der deutlichen Mehrheit von 35 Mandaten gegenüber der Opposition keinerlei Bedeutung.

Noch am Wahltag konnte sich die CDU keinesfalls sicher sein, trotz des deutlichen Wahlsieges, auch regieren zu können. Schließlich gab der Spitzenkandidat der SPD, Thomas Kutschaty, trotz einer deutlichen Wahlniederlage zu verstehen, dass er in Koalitionsverhandlungen mit den Grünen eintreten wolle. Dies aber hätte die Bildung einer Minderheitsregierung bedeutet oder die Beteiligung der FDP erfordert. Diese war aber nach einer ebenfalls deutlichen Wahlniederlage für entsprechende Gespräche nur für den Fall bereit, dass die Verhandlungen



> Herbert Reul ist weiterhin Minister des Innern. Wurde er in den vergangenen fünf Jahren von der DPoIG NRW des Öfteren gelobt, dürfte bei Betrachtung der Inhalte des „Zukunftsvertrags für NRW“ zukünftig häufiger Anlass zur Kritik bestehen.

gen zwischen CDU und Grünen scheitern würden.

## > **Gemeinsamer Kompass – Klimaneutralität, Stärkung der Schulen und des ÖPNV, aber auch Stärkung der inneren Sicherheit?**

Im Rahmen der Präsentation des Vertragswerks betonte Hendrik Wüst, dass die beiden Vertragspartner dabei ein gemeinsamer Kompass verbinde, der zu mehr Klimaschutz, einer nachhaltigen Wirtschaft, einer zukunftsfähigen Infrastruktur, Investitionen in Bildung und zu soliden Finanzen führe. In dem 146 Seiten umfassenden Werk verpflichteten sich die Partner unter anderem dazu, NRW zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Dazu soll das Schulwesen unter anderem durch 10 000 zusätzliche Lehrkräfte gestärkt werden. Die Koalitionspartner haben sich auf verschiedensten Politikfeldern also einige Dinge vorgenommen. Die innere Sicherheit wurde insbesondere dahingehend erwähnt, dass der Weg der erhöhten Einstellungen

bei der Polizei weiterverfolgt wird. So will die zukünftige Landesregierung die Einstellungszahlen sogar noch erhöhen – auf 3 000 Beamtinnen und Beamte. Darüber hinaus gab Hendrik Wüst an, dass für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität mehr Geld zur Verfügung gestellt werde und dass die Bekämpfung von Sexualdelikten zum Nachteil von Kindern ein Schwerpunkt der neuen Legislaturperiode sei. Weitere Aspekte der inneren Sicherheit wurden bei der Vorstellung des Vertragswerks nicht thematisiert. Es bedarf also eines Blicks in den Vertrag selbst, um zu wissen, welchen Stellenwert die innere Sicherheit genießt. Nachfolgend soll in einer ersten knappen Übersicht dargestellt werden, welche Schwerpunkte die Koalitionspartner gebildet haben.

## ■ **Schwerpunkte des Koalitionsvertrags im Bereich der inneren Sicherheit**

Die innere Sicherheit bildet einen Unterpunkt im Kapitel III des Vertrags: „Sicherheit in ei-

### Impressum:

Redaktion:  
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)  
Tel.: 0163.1597230  
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211.93368667  
Fax: 0211.93368679  
Internet: www.dpolg-nrw.de  
ISSN 0723-1822



ner offenen Gesellschaft“. Hiernach bekennen sich die Vertragspartner zu einer grundrechtsorientierten Sicherheitspolitik sowie zu einer konsequenten Durchsetzung geltenden Rechts. Als wichtiges Ziel wird der Schutz der Demokratie gegen ihre Feinde genannt – dies soll insbesondere durch politische Bildung gewährleistet werden.

## ▣ **Bekämpfung der sexualisierten Gewalt gegen Kinder**

Die Bekämpfung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder ist das erstgenannte Ziel im Unterpunkt „Innere Sicherheit“. Hier wollen die Regierungspartner an der Schwerpunktsetzung der Vorgängerregierung festhalten. Der kriminalstrategische Schwerpunkt soll jedoch sowohl in personeller als auch finanzieller Hinsicht deutlich gestärkt werden. Dazu soll unter anderem auch der Einsatz künstlicher Intelligenz weiter forciert werden. Die audiovisuelle Vernehmung soll ausgeweitet und zur Steigerung der Effektivität soll die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz noch enger werden. Die Ermittlerinnen und Ermittler sollen auf ein verbessertes Fortbildungsangebot zurückgreifen können. Den großen Belastungen, die im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Kindesmissbrauch zweifellos bestehen, wollen CDU und Grüne durch eine Ausweitung von Supervisionsangeboten begegnen.

## ▣ **Gegen Gewalt, Hass und Hetze**

Beschäftigte von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und alle anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes verdienen nach Auffassung der Regierungspartner eine besondere Wertschätzung. Straftaten zum Nachteil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen konse-

quent angezeigt und verfolgt werden. Wer Gewalt erfahren hat, soll auf Angebote zugreifen können, die dabei helfen sollen, die Erlebnisse zu verarbeiten. Um generell der Entwicklung zunehmender Gewalt entgegenzutreten, soll auch mehr Aufmerksamkeit auf den digitalen Raum gelegt werden. Hier gilt das Motto: „Aus Worten werden Taten.“ Es soll ein niedrigschwelliges Angebot zur Anzeigenerstattung – wenn möglich ein bundesweites Portal – eingerichtet werden.

Um der Entwicklung von Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen entschieden begegnen zu können, soll die Datei „Szenekundige Beamte“ (SKB) reformiert und der Bericht der „Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze“ (ZIS) weiterentwickelt werden.

## ▣ **Bekämpfung von Organisierter Kriminalität**

Die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität (OK) war ein wesentlicher Schwerpunkt der schwarz-gelben Regierung. In NRW wurde in diesem Zusammenhang das bundesweit erste Lagebild „Clan-Kriminalität“ erstellt. Die Bekämpfung der Clan-, Rocker- und Mafiakriminalität soll auch unter Schwarz-Gelb engagiert fortgeführt werden. Um die Strukturen besser bekämpfen zu können, soll die Kriminalitätsbekämpfung im Bereich der Geldwäsche, des Steuerbetrugs, der Korruption und der Vermögensabschöpfung intensiviert werden. Durch Erhöhung des Personalbestandes bei Polizei und Justiz sollen die benannten Zielsetzungen erreicht werden.

## ▣ **Stärkung der Cybersicherheit**

Der Sicherheit im Prozess der allgegenwärtigen Digitalisierung will die neue Regierung

noch mehr Aufmerksamkeit widmen, als dies bereits in der Vergangenheit der Fall war. Die digitale Infrastruktur gehört zur kritischen Infrastruktur. Angriffe können nicht verhindert werden. Daher soll die gesamte IT-Struktur resistenter und die Ausfallzeiten dadurch geringer werden. Um dies zu erreichen, soll sowohl in die technische als auch personelle Ausstattung investiert werden. Auch das Cybercrime-Kompetenzzentrum des LKA soll in diesem Zusammenhang gestärkt werden, um es zu einem bundesweit führenden Kompetenz- und Forschungszentrum auszubauen.

## ▣ **Polizei**

Eine Schlüsselrolle für die Erreichung aller oben genannten Ziele nimmt die Polizei ein. Um die Polizei für die zusätzlichen beziehungsweise intensivierten Aufgabenbereiche fit zu machen, soll unter anderem, wie bereits oben erwähnt, die von der Vorgängerregierung begonnene Einstellungsoffensive nochmals ausgebaut werden. Zusätzliche personelle „Überkapazitäten“ sollen „nach Bedarf flexibel genutzt werden“. Durch weitere Lehrformate soll die Abbrecherquote im Studium gesenkt werden, sodass das Personal auch wirklich für die zahlreichen Aufgaben zur Verfügung steht. Dazu soll Studierenden mit „einschlägigen Vorerfahrungen“ ein schnellerer Weg in die unterschiedlichen Direktionen eröffnet werden. Hiervon soll insbesondere die Kriminalpolizei gestärkt werden. In der Direktion K sollen daher die Aufstiegschancen verbessert und mehr Fachkarrieren gefördert werden.

Um die Polizeiarbeit effektiver zu machen, soll die Digitalisierung ausgebaut werden. „Smarte Lösungen“ sollen in operativen Bereichen den Arbeitsalltag erleichtern und von unnötiger Schreiarbeit entlasten.

Distanzelektroimpulsgeräte sollen, wo sie bereits eingeführt wurden, in einem begleitenden Prozess bis 2024 wissenschaftlich und ergebnisoffen evaluiert werden. Ein Einsatz soll zukünftig nur mit der Bodycam gekoppelt erfolgen können.

Damit Polizeikräfte zukünftig in zeitgemäßen Gebäuden untergebracht werden, sollen notwendige Neuansmietungen, Sanierungen und Modernisierungen auch zukünftig ermöglicht werden.

## ▣ **Konsequente und grundrechtsorientierte Sicherheitspolitik**

CDU und Grüne erkennen an, dass die Sicherheitsbehörden hinreichende Eingriffsbefugnisse benötigen. Bei möglichen Änderungen und Anpassungen von Sicherheitsgesetzen soll immer geprüft werden, ob Befugnisse noch erforderlich und verhältnismäßig sind. Dazu soll geprüft werden, ob bei polizeilichen Kontrollmaßnahmen zukünftig auf Wunsch Rechtsgrundlage und Durchführung schriftlich bestätigt werden können.

## ▣ **Herbert Reul bleibt Minister – Frau Dr. Lesmeister ist Staatssekretärin**

In der vergangenen Legislaturperiode gelang es der Regierung, alle Aspekte des Koalitionsvertrags umzusetzen, obschon man nur über eine Mehrheit von einer Stimme verfügte. Die nun sehr deutliche Mehrheit von 35 Stimmen sollte es der Regierung relativ leicht machen, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Positionen auch umzusetzen.

Verantwortlich für die Umsetzung der innenpolitischen Themen bleibt Herbert Reul. Dieser hatte schon im Rahmen des Landesausschusses der DPoIG



NRW bekräftigt, dass er weiterhin das Amt des Innenministers ausüben möchte (der POLIZEISPIEGEL berichtete). Frau Dr. Lesmeister wechselt von der Leitung der Abteilung 4 des Innenministeriums auf die Position der Staatssekretärin.

**Kein Applaus für den Zukunftsvertrag von CDU und Grünen von der DPoIG**

Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW machte in einer ersten Einschätzung klar, dass die DPoIG mit vielen Punkten des Koalitionsvertrages keinesfalls einverstanden ist und dass viele „Erfolge der schwarz-gelben Koalition nun auf der Kippe stehen beziehungsweise massiv verzögert und aufgeweicht werden könnten.

Dennoch sind aus Sicht der DPoIG NRW auch positive Aspekte in den Vertrag eingearbeitet. Hier sind insbesondere die Fortführung der Bekämpfung der sexualisierten Gewalt gegen Kinder, die weiterhin hohen Einstellungszahlen sowie die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zu nennen. Auch die angekündigte Offensive im Bereich der Cybersicherheit erhält die volle Zustimmung der DPoIG.

Erich Rettinghaus bemängelt aber, dass der Fokus insgesamt auf der Stärkung der Kriminalpolizei liegt. Die Direktionen GE und Verkehr finden kaum Berücksichtigung. Nach Auffassung der DPoIG bedarf es der Stärkung der gesamten Polizei. Stattdessen werden wichtige

Entscheidungen der Vorgängerregierung, welche zum Beispiel die Stärkung operativer Einheiten zum Ziel hatte, aufgeweicht. So wurde der Rollout der DEIG (Distanzelektroimpulsgeräte) gestoppt und auf ein Pilotprojekt zurückgestuft. Erst in 2024 soll entschieden werden, ob die Geräte weiterhin eingesetzt werden dürfen. Weitere Behörden werden bis dahin nicht zusätzlich ausgestattet.

Eine vollständige Ablehnung durch die DPoIG erfährt das Vorhaben, einen beim Landtag angesiedelten Polizeibeauftragten zu implementieren. Dies brauche NRW nach Ansicht von Erich Rettinghaus so nötig wie einen Kropf. Nach Einschätzung der DPoIG ist die

Einführung des Polizeibeauftragten genauso wie die Idee der „schriftlichen Bestätigung einer polizeilichen Kontrollmaßnahme“ Ausdruck eines deutlichen Misstrauens gegen die Polizei.

Die Fortführung der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird ebenfalls durch die DPoIG NRW abgelehnt, da auf diese wegen der Mehreinstellungen verzichtet werden kann. Um die Polizei attraktiver zu machen, sollte das Zulagenwesen neu gestaltet und die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden abgesenkt werden.

Der vorliegende Koalitionsvertrag wird daher von der DPoIG NRW abgelehnt.

# Jahreshauptversammlung des KV Wuppertal – Michael Wenz gibt nach über 18 Jahren das Amt des Kreisvorsitzenden ab

Wegen der zuletzt geltenden Restriktionen im öffentlichen Leben fand die letzte Jahreshauptversammlung des DPoIG-Kreisverbandes Wuppertal im Dezember 2019 statt. Nun konnte in den Räumlichkeiten des TSV Ronsdorf an der Parkstraße in Wuppertal erstmals wieder unter regulären Bedingungen eine Sitzung durchgeführt und Michael Wenz ein würdiger Abschied aus dem Amt des Vorsitzenden bereitet werden. >



> Der neue Vorstand des Kreisverbandes Wuppertal: Andreas Reuter (Kreisschatzmeister), Sascha Gerhardt (1. Vorsitzender), Julia Stang (Stellvertretende Vorsitzende), Elmar Müller (Stellvertretender Geschäftsführer/Schriftführer) (von links); nicht auf dem Bild: Wolfgang Michel (Geschäftsführer/Schriftführer)

Am Ende der letzten Vorstandssitzung des DPoIG-Kreisverbandes Wuppertal im Dezember des Jahres 2019, dachte wohl keiner der Verantwortlichen im Kreisvorstand, dass es so lange dauern könnte, bis die nächste Jahreshauptversammlung stattfinden würde. So blickte Michael Wenz als Kreisvorsitzender nicht bloß auf das laufende Geschäftsjahr, sondern vielmehr auf die letzten drei Jahre zurück.

Schon während der Begrüßung stellte Michael Wenz heraus, dass die Besonderheit der Jahreshauptversammlung nicht allein der Tatsache geschuldet war, dass in den vergangenen Jahren turnusmäßig keine Versammlung stattfinden konnte. Vielmehr würde es die letzte Jahreshauptversammlung sein, die er als Vorsitzender des Kreisverbandes durchführt – danach ist Schluss, denn Ende des Jahres geht das DPoIG-Urgestein in den Ruhestand.

Das war dann aber auch der einzige Moment, in dem Michael Wenz auf seine eigene Person sowie Funktion blickte. Nach einem kleinen Moment der Stille und des Innehaltens, der sowohl den Vorsitzenden als auch die anwesenden Mitglieder des KV Wuppertal ergriff, setzte der Vorsitzende sogleich gewohnt routiniert die Sitzung fort und bat um Meldungen für die Bereitschaft, die Versammlungsleitung zu übernehmen.

Richard Kurzawa, inzwischen seit vielen Jahren im Ruhestand, in früheren Jahren Angehöriger des geschäftsführenden Landesvorstandes der DPoIG NRW, erklärte sich bereit, die Sitzungsleitung zu übernehmen. Das hatte bereits Tradition, da er auch in den Jahren vor der Unterbrechung durch Corona immer zuverlässig durch die Tagesordnung führte und eine

souveräne Sitzungsleitung garantierte.

Nach der Wahl der Mandatsprüfer und Stimmzähler rief Richard Kurzawa den Tagesordnungspunkt „Rechenschaftsbericht des Vorstandes“ auf und übertrug so Michael Wenz das Wort.

## ► Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden

Zu Beginn gedachten die Teilnehmenden im Rahmen einer Schweigeminute der seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitglieder.

Danach berichtete der Kreisvorsitzende über die Aktivitäten des Kreisverbandes und über zahlreiche Entscheidungen und Aspekte, die wichtige Veränderungen für das PP Wuppertal und seine Beschäftigten hervorriefen.

Neben anderen Themen warf Michael Wenz einen Blick auf die Einführung des „HiPoS-AvV-Systems. Dieses wurde im Zuge der Verpflichtung, in bestimmten Deliktbereichen eine audiovisuelle Aufzeichnung der Vernehmung vornehmen zu müssen, im Januar 2020 beim PP Wuppertal eingeführt. Hier bemängelte der Kreisvorsitzende, dass die Einführung seitens des Landes unzureichend vorbereitet und begleitet wurde – es fehlte schlicht das dafür notwendige Equipment.

Besser sah es da bei der ebenfalls Anfang 2020 begonnenen Einführung der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten bei der Bereitschaftspolizei aus. Der Vorsitzende erinnerte daran, dass die 9. BP Hundertschaft im Zuge der Umstrukturierung in Wuppertal aufgelöst und die 10. BPH stattdessen mit vier Zügen weitergeführt wurde. Dazu gesellte sich fortan die 2. BFH mit zwei Zügen



► Dem langjährigen Kreisvorsitzenden Michael Wenz (Zweiter von rechts) sowie dem langjährigen Kreisschatzmeister Stefan vom Bey (Zweiter von links) wurde durch Julia Stang und Sascha Gerhardt für die geleistete Arbeit gedankt. Beide gehörten dem Vorstand des DPoIG-Kreisverbandes Wuppertal für mehr als zwei Jahrzehnte an.

BFE. Der Umgestaltungsprozess wurde inzwischen abgeschlossen und die Einheiten agieren sehr erfolgreich in den neuen Strukturen. Michael Wenz betonte, dass der Personalrat sehr intensiv in den Prozess eingebunden wurde. So hat er selbst an zahlreichen Auswahlterminen für die BFE mitgewirkt und konnte bestätigen, dass die Bewerber einen hochmotivierten und sehr professionellen Eindruck hinterlassen haben.

Ebenso reibungslos verlief die Auslieferung der iPhones, welche insbesondere bei operativen Dienststellen in „Mannausstattung“ ausgegeben wurden. Ein Ärgernis stellen in diesem Zusammenhang aber die zahlreichen Updates dar, welche die Anwender aufgrund der viel zu langsamen Internetverbindungen auf den Dienststellen des PP Wuppertal zu schierer Verzweiflung treiben können. Auch bemängelte Michael Wenz, dass auch zweieinhalb Jahre nach der ersten Auslieferung viele Apps nur

eingeschränkt oder gar nicht funktionieren.

Nach diesem Thema beherrschte Corona mit seinen zahlreichen Facetten für einen längeren Zeitraum den Rückblick. Das darf nicht verwundern. Schließlich beeinträchtigte die Pandemie auf vielfältige Weise nicht nur die Gesellschaft. Vielmehr wurde auch der Dienstbetrieb massiv beeinträchtigt. 12-Stunden-Schichten, Homeoffice, Kontaktbeschränkungen, Ausgangs- und Kontaktsperren, Quarantäneregulungen, Geschäftsschließungen und vieles mehr wirkten sich sowohl auf das Dienst- als auch auf das Privatleben der Beschäftigten des PP Wuppertal massiv aus.

Dennoch gab es neben Corona auch weitere Themen, die von Mitte 2020 an Einfluss auf das Dienstgeschehen im PP Wuppertal genommen haben.

So sind zum Beispiel die Pilotprojekte „Drohnen bei BP“ und das Asservatenmanagement



(AMS) zu nennen, die im April beziehungsweise November 2020 im PP Wuppertal gestartet wurden.

Einen großen Teil des Rückblicks nahm sodann das Liegenschaftsmanagement des Landes ein. Während die Beschäftigten des PP Wuppertal mit großem Engagement und ebenso großer Leidenschaft zum Beispiel im „Mutterhaus“ mitgestaltet und ertragen haben, kommen zahlreiche andere wichtige Projekte, wie der Neubau einer Polizeiwache in der PI Remscheid, auch nach über zwei Jahren nicht über den Planungsstand hinaus. Gleiches gilt für den zwingend erforderlichen Neubau einer Leitstelle auf dem Areal des ehemaligen Löschteiches sowie die ebenso dringende Neugestaltung der Liegenschaft Müngstener Straße. Wenigstens mit dem Umbau des Polizeigewahrsams wurde begonnen. Zumindest wurde das Polizeigewahrsam am 3. Mai 2021 vollständig ins Amtsgericht verlagert, sodass zumindest mit den Arbeiten am Dach des Gewahrsamstrakts begonnen werden konnte.

Etwas zielstrebigere scheint das Land in der Angelegenheit ei-

nes Regionalen Trainingszentrums (RTZ) auf dem Sportplatz „Buschland“ unterwegs zu sein. Obschon auch hier derzeit lediglich Wasserstandsmeldungen im Hinblick auf die Planung zu verzeichnen sind, scheinen die bislang vorzuliegenden Planungsstände zumindest etwas konkreter zu sein.

Beschlossen wurde indes die Zusammenlegung der Polizeiwachen Elberfeld und Vohwinkel – vollzogen wird diese aber erst, wenn ein entsprechendes Gebäude errichtet wurde, welches den Angehörigen beider Polizeiwachen entsprechende Räumlichkeiten bietet. Unter den Teilnehmenden wurde spekuliert, ob irgendwer am Tisch wohl den Vollzug dieser Maßnahme im aktiven Dienst miterleben wird.

Insgesamt wird der Eindruck vermittelt, dass die Liegenschaften des PP Wuppertal erheblichen Sanierungsbedarf und -stau aufweisen, ohne dass seitens des Landes mit entsprechendem Hochdruck an der Realisierung der notwendigen Maßnahmen gearbeitet wird. Anders sind die teilweise seit vielen Jahren andauernden Planungsprozesse nicht zu erklären. Das Feld der Liegenschaften wird den DPoIG-Kreis-

verband Wuppertal nach Einschätzung von Michael Wenz noch viele Jahre beschäftigen.

Einen Blick mit gemischten Gefühlen warf Michael Wenz auf die Einführung der lange geforderten Langzeitarbeitszeitkonten. Die geschaffenen Regelungen erscheinen auch nach intensivem Hinsehen nicht sehr arbeitnehmerfreundlich. Jedenfalls ist zu erwarten, dass die bestehenden Regelungen nicht dazu führen, dass der versprochene Verfallsschutz für alle geleisteten Überstunden tatsächlich gewährleistet wird.

Neben anderen Themen widmete sich Michael Wenz noch zwei wichtigen Zukunftsprojekten des PP Wuppertal – der Einführung der Distanzelektroimpulsgeräte (DEIG) sowie des spezialisierten Verkehrsunfallaufnahmeteams (VU-Teams).

Beide Prozesse befinden sich derzeit in der Projektphase und werden maßgeblich durch DPoIG-Mitglieder mitgestaltet. Während Sascha Gerhardt die Einführung der DEIG im PP Wuppertal mitverantwortet, gestaltet Achim Kaspari (PI Remscheid) diesen Prozess für die VU-Teams mit.

Die erste Phase der Einführung der DEIG soll im Dezember 2022 abgeschlossen sein. Die Einführung des VU-Teams ist indes für den 1. September 2023 vorgesehen.

Neben der unmittelbaren Beteiligung an den oben genannten Projekten ist der Kreisverband der DPoIG an allen im Rückblick genannten Aspekten entweder direkt oder über die Mitglieder im Personalrat beteiligt. Zu den weiteren Aktivitäten sind auch zahlreiche unterstützende Maßnahmen für den Arbeitsschutz zu sehen. Arbeitsplatzbegehungen sowie die regelmäßigen Besprechungen zum Arbeitsschutz finden unter Beteiligung der DPoIG statt. Ebenso sind mit Thomas Kittler und Stefan vom Bey zwei DPoIG-Mitglieder im Bereich der Schwerbehindertenvertretung des PP Wuppertal aktiv.

► **Bericht des Schatzmeisters**

Nach dem ausführlichen Bericht von Michael Wenz war es an Stefan vom Bey, über die Kasse des Kreisverbandes zu berichten. Auch für den langjährigen Schatzmeister war es der letzte Bericht im Rahmen einer Jahreshauptversammlung des KV Wuppertal, da er schon im Vorfeld bekundete,

ANGST? BURNOUT?  
DEPRESSION?  
REDEN HILFT.

**FLIEDNER KLINIK DÜSSELDORF**

Ihre Ambulanz und Tagesklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im Gebäude der Schadow-Arkaden

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte und Selbstzahlende



Besuchen Sie uns auch im Internet



[www.fliedner.de](http://www.fliedner.de)



Perspektive Mensch – seit 1844.



die Tätigkeit aus persönlichen Gründen nicht fortführen zu wollen.

### ► Bericht der Kreisjugendleiterin

Dem Kassenbericht folgte nach dem Bericht der Kassenprüfer, die Stefan vom Bey eine vorbildliche Amtsführung attestierten, der Bericht von Julia Stang als Kreisjugendleiterin. Sie konnte trotz der corona-bedingten Beeinträchtigungen auf diverse Veranstaltungen verweisen, die in Verantwortung oder unter Beteiligung des DPoIG-Kreisverbandes Wuppertal durchgeführt wurden.

Hier verwies Julia Stang aber insbesondere auf die hervorragenden Aktivitäten der DBB Jugend in Wuppertal, die sich als sehr verlässliche Partner sowohl bei der Ausrichtung der sehr erfolgreichen Blaulichtpartys oder auch der Ostereieraktion erwiesen. Auch das Behördenfest, welches maßgeblich unter auch aktiver Beteiligung der DPoIG ausgerichtet wurde, war aus der Sicht der Kreisjugendleiterin ein voller Erfolg. Das wird auch durch die zahlreichen positiven Rückmeldungen von Teilnehmern des Behördenfestes bestätigt.

### ► Neuwahlen zum geschäftsführenden Kreisvorstand

Nach erfolgter Entlastung des Vorstandes wurden Neuwahlen vorgenommen.

Die Wahlen brachten nachfolgende Ergebnisse hervor:

- 1. Vorsitzender: Sascha Gerhardt
- Stellvertretende Vorsitzende: Julia Stang
- Schatzmeister: Andreas Reuter
- Schriftführer/Geschäftsführer: Wolfgang Michel

► Stellvertretender Schriftführer/Geschäftsführer: Elmar Müller  
Alle gewählten Vertreter wurden einstimmig gewählt.

Zum Schluss blickte der neue Vorsitzende Sascha Gerhardt auf die bevorstehenden Herausforderungen des Kreisverbandes. Gemeinsam mit der neuen stellvertretenden Vorsitzenden Julia Stang dankte er den beiden scheidenden Vorstandsmitgliedern Michael Wenz als auch Stefan vom Bey für ihre Tätigkeit für den DPoIG-Kreisverband Wuppertal.

## Die Bedeutung der Verkehrssicherheitsarbeit für die Kriminalitätsbekämpfung-Seminar der DPoIG-Landesverbände NRW und Rheinland-Pfalz

von Julia Fritsch (Kreisjugendleiterin Kreisverband Münster)



► POK Alexander Reichelt, PD Stefan Pfeiffer, PKin Julia Fritsch, PHK Marco Schäler und PK Andre Munker (von links)

Vom 8. bis zum 10. Juni 2022 wurde unter der Leitung von PD Stefan Pfeiffer (DPoIG-Kommission Verkehr) das jährliche Seminar zur Thematik der Bedeutung der Verkehrssicherheitsarbeit für die Kriminalitätsbekämpfung angeboten und an der Bundesakademie für Bevölkerungsschutz und

zivile Verteidigung (BABZ) in Ahrweiler veranstaltet. Unter den zehn Teilnehmern befanden

sich Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Mit den Referenten Hans-Jürgen Kaiser (Bezirk BAG der DPoIG), PK Andre Munker (VPI Feucht/ZVA), POK Alexander



► PK Andre Munker widmete sich in seinem Vortrag thematisch den Schwerlastkontrollen.



Reichelt (VPI Feucht/ZVA) und PHK Marco Schäler (DPoIG-Kommission Verkehr) wurde das Seminar theoretisch, aber auch praktisch sehr anschaulich dargestellt. Themeninhalte wie Schwerverkehrskontrollen, Fahrzeugmanipulationen, Dokumentenfälschungen, aber auch Fernzulassungen von Kraftfahrzeugen und viele mehr konnten dabei auf kolle-



© Julia Fritsch

> Die Inhalte wurden mit Anschauungsmaterial sehr praxisnah vermittelt. Im Bild: Fernbedienung, welche unter anderem der Fahrzeugmanipulation dient.

gialer Basis in einem facettenreichen, bedeutenden und überaus gelungenen Austausch vermittelt werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich daher einig, dass sie zahlreiche nützliche Informationen für die praktische Polizeiarbeit aus dem Seminar mitnehmen konnten.

## DPoIG-Seminar „Neue Mobilitätsformen im Straßenverkehr“

In den vergangenen Jahren haben sich zunehmend neue, bislang auch in der polizeilichen Praxis unbekannte, Fahrzeuge im Straßenverkehr etabliert. Im Rahmen eines Seminars in Düsseldorf kamen nun zahlreiche interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen, um sich in diesem wichtigen Feld die notwendige Sachkunde anzueignen.



© Fliegel

> Die zahlreichen Teilnehmer, die dem Seminarangebot gefolgt sind, machen deutlich, dass die neuen Mobilitätsformen auch aus polizeilicher Sicht hochinteressant sind und dass hier ein großes Interesse an fachlicher Fortbildung besteht.

Mobilität gewinnt in einer immer schneller werdenden Gesellschaft zunehmend an Bedeutung und bildet dabei eine wesentliche Grundlage in der bedarfsorientierten Lebensgestaltung. Vor diesem Hintergrund haben sich in den vergangenen Jahren zunehmend neue Mobilitätsformen etabliert, die sich aufgrund ihrer flexiblen Einsetzbarkeit und

der niedrigen Instandhaltungskosten einer zunehmenden Beliebtheit in der Gesellschaft erfreuen. Demgegenüber gibt es jedoch auch kritische Stimmen, die den tatsächlichen Mehrwert solcher Fortbewegungsmittel infrage stellen und einen zusätzlichen Einflussfaktor in der Verkehrsunfallstatistik sehen. In diesem Spannungsfeld sieht sich die Polizei aktu-

ell mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert, die nur im Verbund mit anderen Akteuren und unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten bewältigt werden können.

Vor diesem Hintergrund hat der DPoIG-Landesverband Nordrhein-Westfalen am 4. Mai 2022 ein Fortbildungs-

seminar zum Thema „Neue Mobilitätsformen im Straßenverkehr“ angeboten, das bei bestem Wetter auf dem sehr ansprechenden Gelände des Hotels „Mutterhaus“ in Düsseldorf durchgeführt wurde.

Nach einer kurzen Begrüßung der Teilnehmenden hat der verantwortliche Seminarleiter (Marco Schäler, DPoIG-Kom-



© Schäler

Der aus Berlin angereiste Kollege Kay Biewald vermittelte die zahlreichen Tücken sowie rechtlichen Grauzonen der StVZO, welche in der polizeilichen Anwendung manche Schwierigkeiten mit sich bringen.

mission Verkehr) das Auditorium in die Thematik eingeführt und auf die Notwendigkeit einer zielgerichteten Verkehrsüberwachung in diesem Bereich hingewiesen. Insbesondere die aktuellen Verkehrsunfallzahlenentwicklungen sowie die Zunahme von technischen Manipulationen beleuchten eindrucksvoll, dass an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf besteht.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung stellte Kay Biewald (DPoIG Berlin) den Teilnehmenden die verschiedenen Arten von Elektrofahrrädern sowie die entsprechenden Grundlagen zur rechtlichen Einordnung vor. Besonders interessant waren dabei die rechtlichen „Grauzonen“ in der StVZO, die viele Hersteller von (Cargo/Lasten-) Pedelecs momentan ausnutzen und die polizeilichen Überwachungskräfte vor bislang unbekannte Herausforderungen stellen. Unmittelbar im Anschluss skizzierte Marco Schäler den Inhalt der vor circa drei Jahren in Kraft getretenen Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung und nahm eine Abgrenzung zu bislang nicht zulassungsfähigen Fortbewegungsmitteln in der Mikromobilität vor.

Nach einer gemeinsamen Mittagspause starteten die Seminarteilnehmenden dann in ein besonderes Highlight der Veranstaltung, denn sie durften

die zuvor vorgestellten Fortbewegungsformen in einem fahrpraktischen Teil auf einem abgesperrten Parcours auf dem Hotelgelände an den nachfolgenden Stationen selber testen:

## 1. Station: E-Scooter

Mit freundlicher Unterstützung zahlreicher Verleihanbieter (TIER Mobility GmbH, Bird Rides Germany GmbH, Voi Technology AB, Lime, Bolt Technology OÜ) erhielten die Seminarteilnehmenden an dieser Station zunächst eine kurze Einweisung in die Bedienung der bereitgestellten E-Scooter und konnten anschließend eigene Fahrerfahrungen auf einem vordefinierten Fahrparcours sammeln. Parallel hierzu standen die vor Ort befindlichen Firmenmitarbeitenden für weitergehende Rückfragen im Zusammenhang mit der polizeilichen Verkehrsüberwachungspraxis zur Verfügung und beantworteten unter anderem Fragen zur ständigen Erreichbarkeit des Verleihanbieters und Herausgabe von personenbezogenen Daten für polizeiliche Ermittlungszwecke.

## 2. Station: weitere Formen der Mikromobilität

An einer weiteren Station führte Herr Lars Zemke (Vorsitzender des Bundesverbandes Elektrokleinstfahrzeuge) die

Seminarteilnehmenden in das Spektrum der bislang nicht zulassungsfähigen Elektrokleinstfahrzeuge ein und berichtete über die vielfältige Arbeit des Bundesverbandes. Auch hier konnten interessierte Kolleginnen und Kollegen die von Herrn Zemke mitgebrachten Fahrzeuge (unter anderem E-Skateboard und Balance-Board) unter Anleitung und Hilfestellung testen und sich ein eigenes Bild über die jeweiligen Fahr- und Bedieneigenschaften machen.



© Schäler

Neben der theoretischen Wissensvermittlung wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auch stets der Wissenstransfer in die Praxis auf anschauliche Weise ermöglicht.

## 3. Station: Pedelecs

An der dritten Station wurden die Seminarteilnehmenden von der Verkehrswacht Düsseldorf in die Bedienung und technischen Besonderheiten von Pedelecs eingewiesen und im weiteren Verlauf durch einen vor Ort angelegten Fahrparcours begleitet. Dabei wurden Slalom- und Bremsübungen durchgeführt, um den Kolleginnen und Kollegen die besonderen Fahreigenschaften eines Fahrrads mit elektromotorischen Hilfsantrieb näherzubringen.

Sinn und Zweck des fahrpraktischen Trainings war es, den

Seminarteilnehmenden neben den rechtlichen Grundlagen auch eigene Fahrerfahrungen mit den in Rede stehenden Fahrzeugen zu ermöglichen, um diese im Berufsalltag glaubhaft an den (delinquenten) Verkehrsteilnehmenden weitergeben zu können und hierdurch neuerliche Verstöße zu verhindern. Nach einer kurzen Pause folgte sodann wieder ein theoretischer Part, der sich mit den Tuningmöglichkeiten sowie der beweissicheren Dokumentation solcher Verhaltensweisen beschäftigte. Zu Beginn führte Kay Biewald die anwesenden Seminarteilnehmenden in die vielfältigen Manipulationsmöglichkeiten an Elektrofahrrädern ein und demonstrierte diese anschaulich und praxisorientiert an einem bereitgestellten Pedelec. Im Anschluss komplettierte Daniel Fromm (DPoIG Berlin) diesen Seminarteil mit seinen Erfahrungen aus dem Bereich der Elektrotretroller. In diesem Zusammenhang referierte er zunächst über die verschiedenen Möglichkeiten der Manipulation und gab den interessierten Kolleginnen und Kollegen hilfreiche Hinweise für die Verdachtsgewinnung im polizeilichen Alltag.

Zum Abschluss des Seminars rundete Marco Schäler die vorherigen Schilderungen mit einem Vortrag zu den jeweiligen Rechtsfolgen nach einer Zuwiderhandlung mit den thematisierten Fahrzeugen ab. Nach Abschluss der inhaltlichen Ausführungen erfolgte ein kurzer Rückblick auf den Seminartag sowie eine mündliche Evaluation durch die anwesenden Kolleginnen und Kollegen. In diesem Rahmen wurde die gelungene Verknüpfung von theoretischen und praktischen Inhalten gelobt und angeregt, dass solche Veranstaltungen nunmehr häufiger angeboten werden sollten. ■